

Biografisches

Richard Hauschildt (1876-1934) – ein von den Nazis in den Tod getriebener Sozialdemokrat

Horst Klein

In den Kämpfen seiner Zeit, die durch Weltkrieg 1914, Revolution 1918 und NS-Diktatur 1933 geprägt waren, bewährte sich Richard Hauschildt als aufrichtiger Streiter für eine bessere Welt.¹ Seine Biografie erzählt brisante Ereignisse der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, wobei sein journalistisches und politisches Wirken in Kassel, Wuppertal, Berlin und Strausberg besondere Aufmerksamkeit verdient. Zu berichten ist über den jungen Schriftsetzer, der selbstbewusst den Weg zur Buchdruckergewerkschaft und sozialdemokratischen Partei fand, in der Novemberrevolution 1918 sich für eine parlamentarische Demokratie entschied und diese mit aller Entschiedenheit zu verteidigen wusste. In der Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und -Politik führte er eine scharfe Klinge. Die Nazis rächten sich mit Gestapohaft, Folter, Konzentrationslager und trieben den psychisch und physisch Gebrochenen in den Tod.

Eine sozialdemokratische Biografie

Richard Hauschildts Lebensweg gleicht zunächst dem unzähliger Arbeiter, die nach der Aufhebung des sogenannten Sozialistengesetzes 1890 sich der SPD anschlossen und in dieser politisch ihren Platz fanden. Am 12. November 1876 in Hamburg geboren, absolvierte er dort die Volksschule und Ausbildung zum Schriftsetzer. Er hatte sich für einen Beruf entschieden, der sehr früh sein politisches Interesse weckte und ihn zur Mitarbeit im Buchdruckerverband und in der sozialdemokratischen Partei

1 Zur Biografie von Richard Hauschildt siehe *Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert*, Marburg 2000, S.132f.; Horst Klein: *Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887-2007. Eine chronologische und biografische Skizze* (Strausberger Studien zur Geschichte; 39), Strausberg 2008, S.152-165, 356-359, 506f., (Fotos); Ders.: *Erfahrungen im Umgang mit Geschichte, Biografien, Straßennamen und Gedenkstätten* (Strausberger Studien zur Geschichte; 42), Strausberg 2009, S.200-206, (Fotos); Internet-Ausstellung über KZ-Häftlinge, in: www.stiftung-bg.de/kz-oranienburg.

bewegte. Er ging wie üblich auf Wanderschaft, arbeitete als Volontär in verschiedenen Redaktionen sozialdemokratischer Zeitungen, etwa seit 1900 als selbstständiger Redakteur in Mainz, Magdeburg, Würzburg und Offenbach.

29-jährig kam er 1905 nach Kassel und wurde Redakteur beim sozialdemokratischen „Casseler Volksblatt“, dessen Chefredakteur Philipp Scheidemann war. Alsbald übernahm Hauschildt diese Funktion. Seine ausgeglichene, freundliche und sachliche Art des Umgangs mit den Bürgern, seine Sachkenntnis und Rhetorik halfen ihm schnell, Vertrauen in der Bürgerschaft und bei seinen Genossen zu gewinnen. Am 9. Oktober 1909 schloss er die Ehe mit Frieda Wittrock, die aus einer sozialdemokratischen Familie kam. Von 1906 bis 1922 war er besoldeter Vorsitzender der Kasseler SPD. Bis 1919 galt das preußische Dreiklassenwahlrecht, das an das Steueraufkommen gebunden war. Beachtliche Teile der Arbeiterschaft, die nur geringe Steuerbeiträge aufbringen konnten, und Personen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren, besaßen kein Wahlrecht. Das bewirkte, dass die übergroße Mehrheit der „kleinen Leute“, die 83 Prozent der Kasseler Bürger ausmachten, gerade einmal sieben von insgesamt 48 Mandaten gewann. Hingegen bekamen die Reichen (erste Klasse) mit fünf Prozent der Bevölkerung und weitere zwölf Prozent – Kaufleute, Handwerker, Privatmänner – (zweite Klasse) die Mehrheit zugesprochen. Hausbesitzer stellten mindestens die Hälfte der Abgeordneten. Die „Erst- und Zweitklässler“ beherrschten als militante Gegner der Sozialdemokratie die Stadtverordnetenversammlung. Mit deren Stimmenmehrheit wurden Anträge der SPD-Fraktion niedergeschmettert. Hauschildt sah in der Enthüllung des reaktionären Charakters des Dreiklassenwahlrechts eine der vordringlichen Aufgaben seiner Zeitung. Im „Casseler Volksblatt“ hieß es dazu: „Es ist unsere Pflicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Interesse der vielen Tausenden, die wir zu vertreten haben, auf solche Mißstände hinzuweisen.“² Mit der aufkommenden Antikriegsstimmung gewannen die Sozialdemokraten 1916 zwei weitere Mandate. Nun konnte auch Richard Hauschildt für die dritte Klasse der Wählerschaft – Nichthausbesitzer – Stadtverordneter werden.

2 Zit. nach: 1909-1984. 75 Jahre SPD Fraktion im Kasseler Rathaus. 75 Jahre Einsatz für den Bürger, hrsg. von der SPD-Stadtverordnetenfraktion, Kassel 1984, S.3.

Weltkrieg und Revolution

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde Hauschildt – vermutlich freiwillig – Soldat. Zuvor konnte man in seiner Zeitung vom 1. August 1914 lesen: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die ‚vaterlandslosen Gesellen‘ werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den ‚Patrioten‘ in keiner Weise übertreffen lassen.“³ Die dann folgenden grausamen Fronterlebnisse machten ihn zum entschiedenen Kriegsgegner und Verfechter der Völkerverständigung.⁴ Ende Januar 1918 beteiligten sich auch in Kassel die Arbeiter der Rüstungsindustrie an Streiks. Sie folgten so dem Streikaufruf der Berliner USPD-Zentrale. Auf einer von mehreren tausend Arbeitern besuchten Streikversammlung sprach neben dem Vertreter der USPD auch Richard Hauschildt über den Sinn der Streikbewegung. Dem dann folgenden eintägigen Generalstreik sollen sich mehr als zehntausend Arbeiterinnen und Arbeiter angeschlossen haben. Die von den Streikenden beschlossene Resolution bekräftigte den politischen Charakter der Streikbewegung. Darin hieß es u. a.: „1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kriegsschädigungen, 2. Hinzuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen, 3. Ausgiebigere Nahrungsversorgung, 4. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, 5. Die Schutzrechte für Arbeiter und Jugendliche sind schleunigst wieder in Kraft zu setzen, 6. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben, 7. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilten und Verhafteten sind sofort freizulassen, 8. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland, zunächst Wahlrechtsreform in Preußen.“⁵

Die Revolution begannen allerdings auch in Kassel nicht die Arbeiter, sondern am 4. November die revolutionären Soldaten in Oberzwehren, die sich den Befehlen ihrer Offiziere verweigerten und mit denen sich die Arbeiter vorerst nicht solidarisierten. Wie Gerhard Beier schildert, habe sich die Situation erst am Morgen des 9. November geändert, als ca. 200 Matrosen aus Köln eintrafen. Ihnen schloss sich im Verlauf des Tages die gesamte Garnison an, es sei dann zur Verständigung mit den Organisati-

3 Zit. nach: ebenda, S.4.

4 Siehe Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834-1984), Frankfurt am Main 1989, S.441.

5 Ebenda, S.236f.

onen der Arbeiterschaft gekommen.⁶ Im Rathaus konstituierte sich sofort ein Arbeiter- und Soldatenrat aus Mitgliedern der SPD und der USPD sowie zwei Soldaten.⁷ Den Vorsitz des Rates, dem u. a. der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells und spätere preußische Innenminister Albert Grzesinski angehörte, übernahm Richard Hauschildt. In dieser Eigenschaft wurde er zum Delegierten der beiden Reichsräte-Kongresse in Berlin im Dezember 1918 und im April 1919 gewählt.

In Kassel engagierte er sich für einen „disziplinierten“ Verlauf revolutionärer Aktionen der Arbeiterschaft. Demonstrationen und Kundgebungen verliefen im Unterschied zu München, Kiel und Berlin ohne Straßenkämpfe, folglich auch ohne Verletzte. Forderungen nach einer „Rätediktatur“ oder „deutschen Sowjetrepublik“ blieben aus. So war Hauschildt in seiner Überzeugung bestärkt, dass der von der Sozialdemokratie angestrebte soziale Fortschritt nur friedlich und demokratisch zu erringen sei. In diesem Sinne sah er sich auf den beiden Rätekongressen ermutigt, Partei zu ergreifen für eine parlamentarische Demokratie mit umfassenden sozialen Verbesserungen für die Arbeiterschaft. Damit waren die Weichen für die Abschaffung der gerade entstandenen Rätebewegung gestellt.

Richard Hauschildt reflektierte und achtete die politischen Mehrheitsverhältnisse auf den Kongressen, die auf dem II. Kongress mit 55,9 Prozent für die Positionen seiner Partei (MSPD) sprachen. Der in Bezug auf die sozialistische Literatur sehr Belesene erinnerte sich vermutlich an Friedrich Engels' Empfehlung, die Sozialdemokratie solle vor allem den Kampf für demokratische Freiheiten, soziale Reformen und letztlich für die Errichtung einer demokratischen Republik führen.⁸ Als Schriftführer des I. und als Vorsitzender des II. Kongresses war er mit einer Vielfalt unterschiedlicher Auffassungen konfrontiert, die für seine eigene Positionsfindung abzuwägen waren. Zu diesem Schluss führt auch ein Blick ins Kongress-Protokoll. Als 1. Vorsitzender – 2. Vorsitzender war der Füh-

6 Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die städtische Bevölkerungsstruktur. Zu dieser Zeit zählte Kassel 160.000 Einwohner und davon 16.000 Militärpersonen. Die Garnisonstadt bot die logistischen Voraussetzungen für die unter Führung Hindenburgs erfolgte Demobilisierung des Heeres.

7 Siehe Beier, Arbeiterbewegung, S.238.

8 Siehe dazu Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, S.55f.; Werner Bramke: Eine ungeliebte Revolution. Die Revolution von 1918/1919 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2008/III, S.5-37.

rer der Revolutionären Obleute Richard Müller (USPD)⁹ – nutzte Hauschildt wie auch Müller sich bietende Chancen, um bestimmte parteipolitische Vorstellungen einzubringen. Er besaß letztlich Machtbefugnisse, die er konsequent und sehr professionell zur Steuerung des disziplinierten Kongressverlaufs einsetzte.¹⁰ In seinem Schlusswort bezeichnete er den Kongress als historisch bedeutsames „Revolutionsparlament“. Im Weiteren erklärte er: Die gewaltige „*Revolution, in der wir augenblicklich noch stehen*“, könne „*von heute auf morgen nicht verwirklicht werden. Aber wir alle haben gemeinsam zu arbeiten und mit aller Kraft dahin zu wirken, unsere hohen sozialistischen Ziele so schnell wie möglich in die Wirklichkeit umzusetzen.*“ Dazu sei es notwendig zu beherzigen, „*daß es genug sein muß des grausamen Bürgerkrieges und genug sein muß auch des grausamen Bruderkrieges unter den sozialistischen Parteien!* Der Kapitalismus und die Politik der politisch verblendeten Bourgeoisie hat Deutschland in dieses furchtbare Elend hineingebracht, das wir gegenwärtig durchleben. *Der Sozialismus allein kann und will Deutschland erretten.*“ Bürgerliche Parteien ermahnte er, niemals zu vergessen, „*daß wir am Grabe der kapitalistischen, daß wir in der Geburtsstunde der sozialistischen Epoche stehen.* Wirken Sie dahin, daß der unaufhaltsame Gang der Entwicklung nicht durch törichte oder gar verbrecherische Handlungen fanatischer Anhänger des alten, in sich selbst zusammengebrochenen Systems gehemmt wird.“ Richard Hauschildt schloss den Kongress mit dem Rufe: „Der menscheitsbefreiende Sozialismus lebe hoch! – noch einmal hoch! – und noch einmal hoch!“¹¹ Das Protokoll vermerkt, dass die Versammlung unter lebhaftem Beifall in den Ruf eingestimmt habe.

Hauschildts politische Haltung fand in der MSPD respektvolle Aufmerksamkeit. So war er für die Zeit 1920/1921 Mitglied des zentralen SPD-Parteiausschusses und von 1919 bis 1924 Mitglied des Preußischen Landtages.

Auch nach dem Kongress vom April 1919 sah sich Hauschildt in seiner Überzeugung, die Revolution könne friedlich und demokratisch voranschreiten, bestätigt. Es hatte ja schon Friedrich Engels auf die „Ironie der Weltgeschichte“ aufmerksam gemacht, wonach diese alles auf den Kopf stelle. Wir, so schrieb er, „die ‚Revolutionäre‘, die ‚Umstürzler‘, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen

9 Siehe Ernst Däumig: Das Rätssystem. Reden auf dem Parteitage der U.S.P.D. am 4. und 5. März 1919, Berlin 1919.

10 Siehe II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands am 8. bis 14. April 1919 im Herrenhaus zu Berlin. Stenographisches Protokoll, Berlin 1919, S.139.

11 Ebenda, S.259.

und dem Umsturz“.¹² Mit der erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war, wie Engels voraussah, „eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten“, vor der sich die Bourgeoisie mehr fürchte „als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion“.¹³ In der Tat: Bei den Wahlen zum Stadtparlament im März 1919 verzeichnete die SPD in Kassel einen beachtlichen Stimmenzuwachs: Sie wurde stärkste Partei und stellte im 72-köpfigen Stadtparlament 37 Stadtverordnete, zu diesen zählte erneut Richard Hauschildt. Sein „Casseler Volksblatt“ schrieb selbstbewusst: „Und wieder – Sieg, Sieg! Die rote Fahne weht weiter.“¹⁴ Die Euphorie legte sich bald. Auch Richard Hauschildt lebte mit Hoffnungen und Illusionen, gewann aber doch politische Erfahrungen.

Parteijournalist in Kassel und Elberfeld-Barmen

Bei den Kommunalwahlen im Mai 1924 gewann Hauschildt zwar sein Mandat wieder, aber die SPD verlor ihre absolute Mehrheit; sie stellte nur noch 19 (KPD drei) Stadtverordnete.¹⁵ Die bürgerliche Presse entfachte eine gewaltige Hetzkampagne gegen die Arbeiterparteien und diffamierte insbesondere die SPD mit dem Bild der „Futterkrippe“, wonach diese nur daran interessiert sei, ihre Leute in sozial gesicherte Positionen zu bringen. Es sei, so schildert Thomas Baum, „gar von einem ‚Syndikat für gegenseitige Versorgung‘ die Rede“ gewesen, „von dem Scheidemann, Grzezinski, Georg Thöne (Landrat von Witzhausen), Hermann Langer (Landrat von Eschwege), Georg Häring (Landesrat beim Bezirksverband), Christian Wittrock (besoldeter Leiter des Kasseler Wohlfahrtsamts), Dr. Fritz Theiß (Magistratsrat) und Richard Hauschildt (Stadtverordneter, als Landrat von Hersfeld vorgesehen) profitiert hätten“.¹⁶ Die SPD brachte ihren Kandidaten Richard Hauschildt ungeachtet heftigen Widerstandes der rechten Parteien in die Position des kommissarischen Landrats des Kreises Hersfeld. Das war eine Aufgabe, die dem Erfolg gewöhnten und auf der kommunalpolitischen Ebene sehr erfahre-

12 Friedrich Engels: Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ (1895), in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 22, Berlin 1963, S.509-527, hier S.525.

13 Ebenda, S.519.

14 Thomas Baum: Philipp Scheidemanns Wahl zum Oberbürgermeister von Kassel, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte (ZHIG), Bd. 105 (2000), S.221-235, hier S.223.

15 Siehe 1919-1984. 75 Jahre SPD Fraktion, S.9.

16 Baum, Philipp Scheidemanns Wahl, S.226.

nen Genossen kaum Freude bereitete. Bei seiner Ernennung sahen sich primär bürgerlich besetzte Ämter (Regierungspräsidium) übergangen und mobilisierten ihre Medien gegen diese politische Personalentscheidung. Während Tausende hoch erfahrene Beamte entlassen wurden, so die Pressestimmen, sei mit Hauschildt ein „völlig unerfahrener Parteifunktionär“ in ein anspruchsvolles Amt, das nur einem gestandenen Beamten zustehen sollte, gehoben worden. Die „Kasseler Post“ schrieb am 22. Januar 1924 unter der Überschrift „Futterkrippenwirtschaft – Parteiklüngel statt Gemeinwohl“: „Man hatte in Hersfeld noch nicht glauben wollen, daß die Versorgung unbeamteter Genossen doch einen Hauptpunkt des Severingschen Aufbauprogramms darstellt. [...] Vorläufig denkt der Kreis Hersfeld noch nicht daran, Ehrenpforten für Herrn Hauschildt zu bauen. Die Willkommensgrüße, die man ihm bietet, reden deutliche Sprache. Sie sind nicht rötlich, aber redlich. [...] Die Mitglieder der Hessischen Arbeitsgemeinschaft und der Demokratischen Partei des Kreistages lehnen einmütig und geschlossen die Berufung des sozialistischen Schriftleiters Hauschildt aus Kassel zum kommissarischen Landrat von Hersfeld ab. Sie erblicken darin eine *unerhörte Herausforderung der bürgerlichen Parteien* des Kreistages. Wir *fordern grundsätzlich* für unseren wirtschaftlich schwierigen Kreis einen erfahrenen, juristisch vorgebildeten Fachmann.“¹⁷ Im Weiteren warf die Deutsche Volkspartei Richard Hauschildt vor, er habe im „Casseler Volksblatt“ die deutsche Armee beleidigt und sei schon deshalb nicht geeignet, „Staatsautorität zu repräsentieren“.¹⁸ Gegen die bürgerliche Übermacht im Kreistag sah Hauschildt keine Chance, so entschied er sich, weiterhin als Parteijournalist zu arbeiten. Ein Angebot der SPD Elberfeld-Barmen für die Redaktion der „Freien Presse“ lag vor. Im Oktober 1925 zog er mit seiner Familie, zu der inzwischen auch die Töchter Otilie und Adelheid gehörten, nach Elberfeld, damals noch eine selbstständige Stadt, ab 1930 Stadtteil von Wuppertal.¹⁹ Die „Freie Presse“, seit 1900 Eigentum der SPD (heute in der Obhut der Konzentration GmbH beim SPD-Parteivorstand), galt als „Stammutter“ vieler sozialdemokratischer Zeitungen am Niederrhein und im Ruhrgebiet. 1918/1919 war sie auch das offizielle Organ des „Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats“ von Elberfeld-Barmen. Die Geburtsstadt von Friedrich Engels genoss damals weltweit den Ruf als

17 Kasseler Post, 22.1.1924, Stadtarchiv Kassel, Bestand: S 1 Nr. 3207.

18 Ebenda.

19 Der Name „Wuppertal“ beruht auf dem Vorschlag von Oskar Hoffmann (SPD), Mitglied des Landtages und Redakteur der „Freien Presse“, den dieser der SPD-Ratsfraktion im Januar 1930 unterbreitete.

„historischer Boden des Sozialismus“. Engels und Moses Heß gaben hier eine der ersten sozialkritischen Zeitungen in Deutschland, den „Gesellschaftsspiegel“ heraus. Dieser nannte sich im Untertitel „Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart“.²⁰ Das Tal der Wupper bei Elberfeld war damals Zentrum der Textilverarbeitung, mit dem die Industrialisierung und somit auch die Entwicklung eines selbstbewussten Proletariats weit über die städtische Grenze hinausgingen. Aus seiner Heimatstadt gewann der junge Friedrich Engels Impulse für das Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845), das er wohlbedacht mit dem Untertitel „Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen“ versah und das er als 24-Jähriger in Barmen verfasst hatte. Das Buch wie auch seine „Briefe aus dem Wuppertal“²¹, die Engels 1839 bis 1841 für die Literaturzeitschrift „Telegraph für Deutschland“ verfasst hatte, gehören zu den ersten sozialkritischen Beiträgen, die in der Elberfelder Arbeiterschaft mit großem Interesse aufgenommen wurden. Wie sehr sich Engels mit der Arbeiterschaft seiner Geburtsstadt verbunden fühlte, bezeugt ein Brief, den er am 24. April 1894 an Carl Eberle schrieb und sich für ein übersandtes Album von Barmen bedankte: „So erfreulich auch diese Beweise der Umwälzung sind, die Barmen aus dem kleinen Philisternest meiner Jugendzeit in eine große Industriestadt verwandelt hat, so freut es mich doch am meisten, daß auch die Menschen sich dort bedeutend zu ihren Gunsten verändert haben. Denn wenn das nicht der Fall wäre, so wäre Barmen noch heute durch einen Stockkonservativen, einen rechten kopfhängerischen ‚Fainen‘ im Reichstag vertreten, von einem sozialdemokratischen Verein Barmen wäre keine Rede, und es fiel am allerwenigsten Barmer Arbeitern ein, mir ein Album zu verehren. Glücklicherweise aber entspricht der Revolution im Äußern der Stadt auch die Revolution in den Köpfen der Arbeiter, und diese verbürgt uns eine noch weit gewaltigere und umfassendere Revolution in der ganzen Weltordnung.“²² Richard Hauschildt, der sich als Marxist verstand, war sich der progressiven Traditionen seines neuen Wirkungsfeldes bewusst. Er begleitete journalistisch und als erfahrener Kommunalpolitiker die Entwicklung der

20 Siehe 140 Jahre SPD in Wuppertal, herausgeben von der SPD Wuppertal, 2003, S.5.

21 Siehe Friedrich Engels: Briefe aus dem Wuppertal, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1961, S.413-432.

22 Engels an Carl Eberle in Barmen, London, 24.4.1894, in: MEW, Bd. 39, Berlin 1968, S.239. Carl Eberle (1869-1950) war Vorsitzender der Gewerkschaftskommission Elberfeld-Barmen und Mitbegründer der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“, 1919 war er der erste sozialdemokratische Beigeordnete der Stadt Barmen.

1899 gegründeten Konsumgenossenschaft, die mit der Konsum-Vereinigung von Barmen, Elberfeld und Velbert unter dem Namen „Vorwärts-Befreiung“ 1924 zur fünftgrößten in Deutschland wuchs und ein Drittel der städtischen Bevölkerung preisgünstig versorgte. Am 28. Februar 1926, dem ersten Todestag Friedrich Eberts, war er Zeuge einer von mehr als fünftausend Bürgern besuchten Gedenkveranstaltung des Reichsbanners. Die „Freie Presse“ berichtete über die Enthüllung eines Gedenksteins, eines drei Meter hohen Granitfindlings mit der Aufschrift „Dem Ersten Präsidenten der Deutschen Republik – Friedrich Ebert“. Tage zuvor hatte sie ihre Leser über den erbitterten Widerstand, insbesondere der Rechten und Rechtsradikalen informiert, gegen den die republikanischen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung den repräsentativen Standort des Denkmals in den städtischen Parkanlagen der Hardt (einem Park mit botanischem Garten) durchsetzen mussten.

Ein in der Bürgerschaft sehr umstrittenes Projekt, das Hauschildts Aufmerksamkeit finden musste, war die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, das bis 1929 einen Abschluss finden sollte.²³ Aus der Vereinigung der Städte Elberfeld und Barmen sowie Langerfeld, Beyenburg, Ronsdorf, Cronenberg und Vohwinkel entstand dann eine Großstadt. Sie bekam zunächst den Namen Barmen-Elberfeld, 1930 wurde sie in Wuppertal umbenannt. Der SPD-Stadtverband hatte nun eine Mitgliederstärke von ca. 5.650 Mitgliedern. Die Meinungen der Bürger und Parteien in der Stadt waren so gegensätzlich, dass noch in der 2003 verfassten Geschichte der Wuppertaler SPD von einer Zwangsvereinigung der genannten Städte gesprochen wird. Vorteile für die Organisation der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und Vereine werden von den Autoren nicht genannt.²⁴ Zu dieser Zeit, 1928/1929, bekam Richard Hauschildt bereits wieder ein neues Arbeitsfeld angeboten.

Abteilungsleiter beim SPD-Parteivorstand und Beigeordneter in Strausberg

Der SPD-Parteivorstand schätzte Richard Hauschildts journalistische Erfahrungen sehr und betraute ihn 1929 mit der Leitung der Abteilung „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“. Sie war eine von Wilhelm Liebknecht 1890 ins Leben gerufene Informations- und Argumentationschrift für die Redaktionen der Provinzzeitungen, Referenten und Funktionäre. Die Parteikorrespondenz sollte zur besseren Organisation der Parteipresse beitragen und Informationen über Reichstagsverhandlungen,

23 Siehe Preußische Gesetzessammlung 1929, Nr. 21, ausgegeben am 31.7.1929.

24 Siehe 140 Jahre SPD in Wuppertal, S.35.

über politische Geschehnisse im In- und Ausland für die sozialdemokratische Lokalpresse anbieten. Sie erschien zuweilen auch als Doppel- oder Sonderheft und stand ab Januar 1929 unter redaktioneller Verantwortung von Richard Hauschildt. Die Broschüren hatten durchschnittlich einen Umfang von ca. 120 Seiten. Die von Hauschildt verfasste und kritisch kommentierte Übersicht über Politik, Ideologie und Wirtschaft, Parteien- und Regierungspolitik war nach Themen gegliedert: Deutsches Reich, Länder, Ausland, Sozialismus und gegnerische Parteien. Die letzte Nummer erschien im Januar/Februar 1933.

Wie sich Fritz Heine²⁵, der zu dieser Zeit für die Werbeabteilung verantwortlich zeichnete, erinnerte, habe Hauschildt die Parteikorrespondenz „als Alleinredakteur bis zum Ende bearbeitet – eine (wie ich meine) ganz hervorragende Leistung“.²⁶ In der Literatur gibt es Darstellungen, die Richard Hauschildt auch die Leitung der Werbeabteilung zuschreiben. Indessen schilderte Fritz Heine den wirklichen Sachverhalt. Hauschildt wurde damals formell auch „mit der Leitung der Werbeabteilung betraut, weil man in der damaligen Zeit ja einem blutjungen Mann von 24 Jahren nach außen hin nicht die offizielle Leitung der wichtigsten Abteilung des Hauses geben konnte. Ich willigte sehr widerstrebend ein, machte aber zur Bedingung, dass Richard Hauschildt sich in keiner Weise in die Arbeit der Werbeabteilung einmischen dürfe und sich auf die Parteikorrespondenz beschränken sollte. Das wurde akzeptiert, und ich muss sagen, dass Richard Hauschildt (der des Öfteren auch krank war) sich völlig korrekt verhalten und nie Eingriffe versucht hat.“²⁷

Wegen der neuen Aufgabe zog die Familie von Elberfeld nach Strausberg bei Berlin, wo der Parteivorstand für seine Mitarbeiter eine Villa besaß. Die Töchter engagierten sich aktiv in der Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der SPD.²⁸

Richard Hauschildt fand aufgrund seiner Sozialkompetenz schnell die vertrauensvolle Nähe zur Strausberger SPD und zu ihren Kommunalpolitikern, insbesondere zum damaligen sozialdemokratischen Stadtkämmerer

25 Fritz Heine (1904-2002), 1922 Mitglied der SPD, 1925 Volontär beim Parteivorstand, baute dort eine Werbe- und Propagandaabteilung auf, 1939 Mitglied im Vorstand der Sopade (SPD im Exil), 1946-1958 Mitglied des SPD-Vorstandes, 1958-1974 Geschäftsführer der Konzentration GmbH, Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung.

26 Fritz Heine: Brief an Günter Krüschet, 4.2.1983, Fritz Heine Nachlass, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sign. 6, 2 Bl., hier Bl. 1.

27 Ebenda.

28 Siehe Klein, Geschichte des SPD-Ortsvereins, S.124-165, 362-365, 512f.; Ders. Erinnerungskultur, S.30, 200-206, 287.

und späteren Bürgermeister Paul Fischer, der ihn vermutlich überzeugte, den im Dezember 1929 neu zu besetzenden Posten des unbesoldeten Beigeordneten für seine Partei anzunehmen. Die Stadtverordnetenversammlung bestätigte den Neubürger problemlos in diesem Amt. In seiner neuen, nunmehr wieder kommunalpolitischen, Funktion widmete Hauschildt sich mit besonderer Umsicht den sozialen Problemen der Bürger. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise führten auch in Strausberg zu einer hohen Arbeitslosigkeit mit all den damit einhergehenden sozialen und politischen Konsequenzen. Deshalb entwickelte Hauschildt gemeinsam mit dem seit 1930 für eine Wahlzeit von zwölf Jahren amtierenden Bürgermeister Paul Fischer Konzepte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsbeschaffung. Im September 1930 konnten sie den Stadtverordneten ein „Notstandsprogramm“ gegen die Arbeitslosigkeit vorlegen. Kern des Programms war nicht etwa ein moralisierender Appell an die Arbeitgeber, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern ein allumfassendes soziales Programm für den Wohnungs-, Kanalisations- und Straßenbau, mit dem ca. 500 Arbeiter der Stadt und aus dem nahen Umland zu Lohn und Brot kamen.²⁹

Richard Hauschildt hinterließ nicht nur sichtbare Spuren sozialer Kommunalpolitik; er war auch ein brillanter Rhetoriker.³⁰ Seine Reden, die in der örtlichen Presse jener Zeit nachlesbar sind, enthalten zwei Schwerpunkte: erstens die Sorge um die Gestaltung und den Erhalt der demokratischen Republik sowie der im Ergebnis der Novemberrevolution errungenen sozialen Fortschritte und zweitens die von theoretischem Wissen und Kampfesmut geprägte Auseinandersetzung mit der Demagogie der Nazis. In zahlreichen Reden auf öffentlichen Veranstaltungen seines Ortsvereins und der „Eisernen Front“ geißelte er den Faschismus als die extremste Art des Verbrechertums, des Rassenhasses und Antisemitismus, enthüllte er dessen Ursachen und Ziele.

Auch in den ausschließlich von ihm verfassten Parteikorrespondenzen entlarvte Hauschildt die NS-Ideologie beharrlich. Im Oktober 1929 erschien ein Sonderheft mit dem Titel „Die vom Hakenkreuz – Hitler und Konsorten“. Darin enthüllte Hauschildt die Sinnentleerung und Demagogie der von den Nazis für ihre Selbstdarstellung beanspruchten Begriffe „Nationalsozialismus“ und „Arbeiterpartei“. Um unwissende Arbeiter einzufangen, so Hauschildt, „haben diese Nachäffler Mussolinis das Wort

29 Siehe Aus dem Strausberger Stadtparlament, in: Strausberger Zeitung, 5.8.1930, S.2f.

30 Siehe Genosse Hauschildt begeistert die Massen für Freiheit und Demokratie, in: Strausberger Nachrichten, 4.6.1932, S.2; Sturm über Deutschland, in: Strausberger Zeitung, 1.8.1931, S.2 u. Strausberger Nachrichten, 1.8.1931, S.2.

Sozialismus als Aushängeschild gewählt“, obwohl ihre Bewegung das Gegenteil von sozialistisch sei.³¹ „Das Programm und die praktische Politik der Nationalsozialisten schonen und begünstigen das Kapital, fördern dessen Pläne auf Spaltung der Arbeiterschaft und Schwächung ihrer in langjährigen Kämpfen gefestigten Organisationen. Wo in den Großbetrieben noch keine nationalsozialistischen Zellen bestehen, werden sie von gewissen Direktoren und Unternehmern direkt ins Leben gerufen.“³² An Beispielen schilderte er, dass die Nazis „Nicht Arbeiter-Partei, sondern rein militärisch organisierte Schutztruppe des Kapitals“³³ seien. Ihre Rolle in den Parlamenten erschöpfe sich „in hyperradikalem Getue und in einem Sauherdenton. [...] Im Wortradikalismus, im ruppigen Ton und im Einbringen von unsinnigen Agitationsanträgen von keiner anderen Parlamentsgruppe sich überbieten zu lassen, das nennen die Hitlerianer parlamentarische Arbeit. Spotten ihrer selbst!“³⁴

Die „Strausberger Nachrichten“ – eine seit 1905 vom Buchdrucker und SPD-Stadtverordneten Carl Müller herausgegebene Zeitung für die Arbeiterschaft – begleitete aufmerksam Hauschildts Wirken in Strausberg. „Genosse Hauschildt begeistert die Massen für Freiheit und Demokratie“, so ein Bericht über eine Versammlung der Eisernen Front. Hauschildt habe gewarnt, die „Faschisten wollen zum tödlichen Schlag gegen die Freiheit und Demokratie ausholen. [...] Das SA- und SS-Verbot soll aufgehoben werden. Dem Großgrundbesitz des Ostens sollen weitgehendste Zustimmungen gemacht werden, damit sie wie die ehemaligen deutschen Fürsten, auf Generationen hinaus ein feudales Leben führen können. [...] Die Arbeitslosenversicherung in der heutigen Form soll beseitigt werden und in eine Wohlfahrtsunterstützung umgewandelt werden. Ebenso sollen die Verbindungen des Tarifrechts durch das Kabinett von Papen für nichtig erklärt werden. Grafen, Barone und Adlige, die das Kabinett bilden, geben dem Dritten Reich und den Angehörigen der Nationalsozialisten den Stempel als ‚Arbeiterpartei‘.“³⁵ Ebenso mutig setzte er sich nach Hitlers Machtantritt im letzten Heft der Parteikorrespondenz mit dem Nazismus auseinander. Von Papen, so Hauschildt, „der seine Regierung mit den Worten antrat, der Staat dürfe keine Wohlfahrtsanstalt

31 Sonderausgabe 3 der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz: Die vom Hakenkreuz – Hitler und Konsorten, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, verantwortlicher Redakteur R. Hauschildt, Berlin, 7.10.1929, S.3.

32 Ebenda, S.11.

33 Ebenda, S.12.

34 Ebenda, S.14.

35 Genosse Hauschildt begeistert die Massen.

sein [...], der die Renten der Witwen, Waisen, Kriegsbeschädigten und -invaliden, die Unterstützung der Arbeitslosen erbarmungslos gesenkt hat [...], der den Arbeitgebern Lohnkürzungen bis zu 25 Proz. gestattet hat [...], der es so weit trieb, daß ihn ein allgemeiner Volkssturm hinwegfegte – er sitzt wieder in der Regierung als *Vizekanzler* neben Hitler.“ Im Weiteren führte Hauschildt den nazistischen Hass auf die „Novemberverbrecher“ bzw. Sozialdemokraten ad absurdum. „*Es gibt kein Novemberverbrechen*, das Arbeitslosigkeit und Not in Deutschland verschuldet hat! Arbeitslosigkeit in ungeheurem Ausmaß gibt es als Folge des kapitalistischen Systems in der ganzen Welt, vom antimarxistischen Amerika bis zum faschistischen Italien.“ Unser Novemberverbrechen soll darin bestehen, „*daß wir die Republik schufen, allen Staatsbürgern, Männern und Frauen gleiche Rechte gaben, das allgemeine gleiche Wahlrecht für Staat und Gemeinde einführten, die Sozialversicherung verbesserten, die Arbeitslosenversicherung durchsetzten, den Arbeitslohn tariflich gegen Unternehmerdruck sicherten, daß wir den Beamten das Koalitionsrecht gaben, die Mieter gegen die Hausbesitzer schützten, daß wir den Achtstundentag proklamierten, Volksbühnen schufen, Arbeiterwohnsiedlungen errichteten, mit Licht und Luft und Grünflächen und Spielplätzen – das ist unser Novemberverbrechen!*“³⁶

Hauschildts treffsichere Auseinandersetzung mit der braunen Ideologie und Politik wurde von den NS-Instanzen mit Argusaugen verfolgt. Es ist wohl gerade deshalb kein Zufall, dass er wie andere namhafte Funktionäre der Arbeiterparteien unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis und dem Reichstagsbrand in Berlin verhaftet wurde. Der besondere Hass der Nazis galt den Redakteuren. Hauschildt stand ganz oben auf der „Schwarzen Liste“, er geriet, wie er einem Genossen schilderte, kurz nach Hitlers Machtübernahme in Berlin in die blutigen Hände der Gestapo.³⁷

Tödliches Martyrium in den Fängen der Nazis

SPD, KPD und Gewerkschaften waren, wie Helga Grebing schreibt, „von den Ereignissen überrollt und wie gelähmt“. Nur kurzzeitig habe es in der SPD „die Illusion, im ‚Dritten Reich‘ legale Opposition treiben zu können“,³⁸ gegeben. Nach dem von den Nazis inszenierten Reichstagsbrand waren die Weichen für die völlige Zerstörung der Weimarer De-

36 Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, 1933, Nr. 1 (Januar/Februar), S.24f.

37 Willi Goethe: Erklärung an Eidesstatt, Kassel, den 28.12.1950, Stadtarchiv Kassel, Bestand: S. 1 Nr. 3207, 2 Bl., hier Bl. 1.

38 Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S.112.

mokratie und der demokratischen Organisationen gestellt, mit Hass und mörderischem Terror fielen sie über die Arbeiterbewegung her.

Die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933³⁹ gab die scheinbar rechtliche Voraussetzung für die von den Regierungsparteien im Reichstag angestrebte Zweidrittelmehrheit zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, mit dem die NS-Diktatur stabilisiert und der blutige Terror gegen alle jene entfacht werden konnte, die sich den Nazis in den Weg stellten, insbesondere gegen die Funktionäre der Arbeiterbewegung. Bereits weit im Vorfeld der für den 5. März deklarierten Wahlen zu Reichstag, Landtagen und kommunalen Vertretungen am 12. März, richtete sich der Terror vorzugsweise gegen die namhaften Redakteure und Abgeordneten von KPD und SPD. Durch fortgesetzte Verhaftungen von Reichstagsabgeordneten und die Annullierung der KPD-Mandate sicherte sich Hitler die für die Änderung bzw. Aufhebung der Weimarer Verfassung und Annahme des Ermächtigungsgesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit.⁴⁰

Für die Zeit von Februar bis Juni 1933 sind die Spuren von Richard Hauschildt noch immer lückenhaft. Am 4. Februar 1933 veranstaltete die „Eiserne Front“ Strausbergs eine Kundgebung. Die Bevölkerung war aufgerufen, gegen die faschistische Regierung Hitler-Papen-Hugenberg zu demonstrieren. Unter der Losung „Strausberg bleibt rot“ versammelten sich mehr als tausend Republikaner, Anhänger von SPD und KPD. Der anonym gebliebene Redner appellierte u. a. mit den Worten: „Strausberger Arbeiter, seid und bleibt einig, wenn ihr nicht entrechtete Sklaven wie in Italien werden wollt.“⁴¹ Ob Hauschildt der Redner war und wann er in Berlin erstmals verhaftete wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden. Formell kandidierte er im März für die Stadtverordnetenversammlung und wurde in den Magistrat „gewählt“. ⁴² Es galt die Reichstagsbrandverordnung, mit der Meinungs- und Pressefreiheit sowie alle demokratischen Rechte aufgehoben waren. Auf dem Strausberger Rathaus wehte bereits

39 Siehe Reichsgesetzblatt (RGBl) T. I, 1933, Nr. 17, ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933.

40 Siehe Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, hrsg. und bearbeitet von Rudolf Morsey, Düsseldorf 1992; Hans Mommsen: Entstehung und Bedeutung des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933 (Gesprächskreis Geschichte, 53; hrsg. von Dieter Dowe), Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2003.

41 Klein, Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg, S.157f.

42 Siehe Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, in: Strausberger Nachrichten, 31.3.1933, S.2.

am 5. März die Hakenkreuzfahne, es herrschten eine nazistische Sieges-euphorie und Pressezensur. Die Strausberger Zeitungen hatten den Bürgern ein noch scheidemokratisches Bild der Wahlen zu vermitteln. Bei der Konstituierung der unter diktatorischen Bedingungen gewählten Parlamente und auch danach galten abwesende Abgeordnete als anwesend. So blieb zum Schein „Demokratie“ gewahrt und das Mehrheitsverhältnis der Nazis in den parlamentarischen Vertretungen gesichert. Wie in ganz Deutschland „beschlossen“ auch die Strausberger Stadtverordneten am 20. April 1933 „einstimmig“ die Ehrenbürgerschaft für Hitler und Hindenburg, dazu gehörte auch eine Hitler-Eiche vor dem Rathaus. In der örtlichen Geschichtsschreibung wurde noch 1987 und 1995 unterstellt, dass die Sozialdemokraten und so auch Hauschildt für die Nazis gestimmt hätten. Dabei berief sich der Autor auf eine amtlich zensierte Pressemitteilung der nazistisch besetzten Stadtverwaltung und auf ein unscharfes Foto, auf dem die Köpfe der vermeintlichen Abgeordneten als schwarze Punkte zu zählen waren. Er ignorierte völlig die Konsequenzen der Reichstagsbrandverordnung und des Ermächtigungsgesetzes.⁴³ An der Veranstaltung nahmen weder Hauschildt noch andere Sozialdemokraten teil. Einer dem wirklichen Martyrium Hauschildts entsprechenden Aufzeichnung von dessen Schwiegersohn Walter Bremer⁴⁴ zufolge, war die Familie am 17. Juni 1933 in der Strausberger Wohnung zu seiner kleinen Hochzeitsfeier mit der Tochter Ottilie vereint. „Auf jedes Geräusch von draußen wurde gelauscht, ob von den Nazis ein Überfall erfolgen würde. So ging dieser Tag mit gereizten Nerven vorüber. Doch vier Tage später setzte eine verstärkte Terrorwelle ein. [...] Auch Richard Hauschildt wurde aus seiner Wohnung geholt und in das Gefängnis in Strausberg gebracht. Nach einigen Tagen brachten ihn die Nazis in das Konzentrationslager Oranienburg.“⁴⁵

43 Siehe Rolf Barthel: Geschichte der Stadt Strausberg. Monographische Gesamtdarstellung, Berlin 1987, S.189; Ders: STRUZBERG – Strausberg. Von der Markgrafenburg zum Generalstabsquartier, Strausberg 1995, S.58.

44 Walter Bremer (1904-1995) war ebenfalls Mitglied der SPD, Ottilie Hauschildt lernte er 1931 während des gemeinsamen Studiums an der Deutschen Hochschule für Politik (DHP) in Berlin kennen. Zuvor arbeitete sie als Stenotypistin im SPD-Parteivorstand. Später gehörte W. Bremer zur Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“, in der er an der Herstellung und am Vertrieb der „Inneren Front“ beteiligt war.

45 Walter Bremer: Erinnerungen an Richard Hauschildt 1931-1934, Berlin 1987 (unveröffentlichtes Manuskript) im Nachlass von Fritz Heine, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Sign. 6 u. 275, S.3. Dieses und nachfolgende Zitate aus den Briefen von Hauschildt sind nach dieser Quelle zitiert.

Für die folgende Zeit liegen Briefe von Richard Hauschildt vor, die er bis zu seinem bitteren Ende an seine Tochter Ottilie und den Schwiegersohn Walter geschrieben hatte und die zu den erschütterndsten Dokumenten dieser Zeit zählen. Das erste Lebenszeichen aus dem KZ kam am 6. Juli 1933, darin beklagte er seine Trennung von der Familie und bat um Geduld. Er schrieb: „Ich weile hier, weil nach einer mir heute zugestellten Verfügung des Herrn Landrats Ott aus Gründen der öffentlichen Staatsicherheit meine vorläufige Festnahme erforderlich geworden war. [...] Wenn Du, liebe Otti, gelegentlich einmal an mich denkst, bereitest Du mir große Freude. Für jede Zeile und – gelegentlich – einen ganz kleinen Lebensmittelzuschuß (etwas Wurst?, etwas Butter?) bin ich dankbar“.⁴⁶ Natürlich sind kritische politische Äußerungen den Briefen nicht zu entnehmen. Walter Bremer schreibt in seinem Manuskript: „Von Anfang der KZ-Haft an stand neben Verfolgung, Folter und Not der Hunger. Deshalb schon im ersten Brief aus dem KZ die Bitte um einen ‚ganz kleinen Lebensmittelzuschuß‘.“⁴⁷ Aus den nachfolgenden Briefen spricht die Sorge um das soziale Überleben der Familie, um eine bezahlbare Wohnung, denn die Nazis forderten die Räumung der SPD-eigenen Villa. Geldsorgen belasteten beträchtlich die Lebensumstände, zumal Frieda Hauschildt die Hilfe und Pflege durch Tochter Adelheid benötigte. Während Hauschildt sich im KZ befand, bekam er von der Gewerkschaft des Deutschen Buchdruckerverbandes, der er 38 Jahre angehört hatte, eine finanzielle Abfindung, die für das Auffinden einer neuen Wohnung hilfreich war. Aus den Briefen spricht die Hoffnung auf eine baldige Freilassung. Er wusste um diesbezügliche Bemühungen seiner Frau bei den zuständigen Behörden. Die Nazis machten eine mögliche Freilassung vom Wegzug der Familie aus Strausberg abhängig. Nachdem Richard Hauschildt eine Eidesstattliche Erklärung unterschreiben musste, dass er mit seiner Familie den Wohnort Strausberg verlassen und er Berlin nicht mehr betreten werde, wurde er am 3. August 1933 mit weiteren Auflagen aus dem KZ entlassen. Frieda Hauschildts Mutter, die in Kassel wohnte, bot an, die Familie aufzunehmen und bei der Wohnungssuche zu helfen. Über das während der KZ-Haft Erlebte wollte Hauschildt, wie Bremer berichtet, nicht sprechen. Durch die Folgen der brutalen Lagerhaft sei er eingeschüchtert, bedrückt und schweigsam gewesen. „Fragt mich nicht“, war seine müde Antwort auf Fragen seiner Familie. Erst nach einiger Zeit sei er gesprächiger geworden. Er habe erzählt, „der sozialdemokratische

46 Ebenda, S.4.

47 Ebenda, S.5.

Landtagsabgeordnete Ernst Heilmann sei angekettet in eine Hundehütte gesperrt worden und mußte Vorübergehende anbellern. Später wurde er ermordet. Alfred Braun, der bekannte Rundfunksprecher und Gestalter, wurde gezwungen zur Schadenfreude und Quälsucht der nazistischen KZ-Wachen, ironische und schmähende Vortragsveranstaltungen zu machen.⁴⁸ Zu seinen eigenen Drangsalen habe Richard Hauschildt geschwiegen.

In einem mit dem 14. September 1933 datierten Brief berichtete er Otilie und Walter Bremer freudig über die Ankunft der Familie in Kassel: „Groß ist der Kreis derer, die mich auf den Straßen grüßen. Schade, daß man ihnen so wenig Herzerfreuendes berichten kann. Aber das läßt sich nicht ändern. Mutig und mit Vertrauen gehen wir unseren Weg.“⁴⁹ In den späteren Briefen kommen bereits die Sorgen um die soziale Existenz und Wohnungssuche stärker zur Sprache. Hausbesitzer verweigerten sich, sobald sie den Namen Hauschildt hörten. Im Brief vom 5. Oktober schrieb er: „Das, liebe Otti, ist das Schicksal von uns ‚Marxisten‘. Wir sind mittel-, existenz- und wohnungslos. Von 5 privaten Hausbesitzern schütteln jedes Mal vier, wenn nicht alle fünf bedauernd den Kopf, wenn ich meinen Namen, Beruf und Stellungslosigkeit auf deren Fragen nach Name, Beruf etc. nenne. Oh! Die erbärmlichen Feiglinge! Aus schäbigstem Eigennutz, weil zu befürchten, sich schaden zu können, wenn sie mir ‚Marxisten‘ eine Wohnung geben, treten sie ständig den schönen Leitspruch, daß Gemeinsinn vor Eigennutz gehen soll, mit Füßen.“⁵⁰

Im Weiteren schildert Hauschildt seine Hoffnungen, vielleicht doch eine schriftstellerische Tätigkeit aufnehmen zu können, er dachte auch an lokalhistorische, statistische und ähnliche Arbeiten. Er bekam, wie Walter Bremer berichtet, für drei Personen pro Woche lediglich 14.40 Mark als Arbeitslosenunterstützung bewilligt. Bei Gelegenheitsarbeiten mussten fünfzig Prozent des Lohnes auf die Unterstützung angerechnet werden. Zunächst versuchte Hauschildt sich als Kleinhändler einer Seifen- und Waschmittelfirma über Wasser zu halten. Im November 1933 blieb auch die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung aus, auch eine Wohlfahrtsunterstützung wurde der Familie verweigert. Erst im Februar 1934 schrieb er von 48 Mark Wohlfahrtshilfe im Monat, die kaum für die Wohnungsmiete reichten. Willi Goethe schilderte, wie er die Lebenssituation von Hauschildt wahrnahm: Auch nach Ankunft in Kassel sei dieser regelmä-

48 Ebenda, S.8.

49 Ebenda, S.9

50 Ebenda, S.10.

Big und ausführlich von der Gestapo vernommen „und ihm erneut die Auflage erteilt [worden], sich wöchentlich bei der Gestapo zu melden“. Er „hat mir“, so Goethe, „des öfteren mitgeteilt, daß er auf den Wegen bei der Verteilung seiner Seifen von Kasseler Nazis, die ihn noch sehr gut von seiner früheren Tätigkeit her kannten, auf der Straße geschmäht und beleidigt wurde. R. H. erzählte mir auch damals, er vermeide schon jeden unnötigen Weg durch die Straßen der Stadt Kassel, um nicht gesehen zu werden. In dieser Zeit, etwa Mitte 1934, fühlte sich R. H. sehr schwach. Um seinen Seifenvertrieb durchzuführen, legte er sich einen kleinen Handwagen zu, da er nicht mehr in der Lage war, sein kleines Musterköfcherchen zu tragen. Bei einer der letzten Begegnungen mit ihm fragte ich ihn, wie das Geschäft ginge, worauf mir R. H. erklärte, sein Umsatz würde immer weniger, die Gestapo beobachte ihn auf seinen Geschäftswegen. Seine Kunden hätten davon erfahren, und so wäre sein Umsatz zurückgegangen. Das letzte, was ich von R. H. weiß, wurde mir von einer Frau erzählt, deren Namen ich jetzt nicht mehr kenne. Sie sagte mir, sie habe R. H. einen Tag vor seinem Tode auf dem Friedhof sitzen gesehen und nachdem sie ihn angesprochen habe, habe er geweint und ihr nicht geantwortet.“⁵¹

Richard Hauschildt litt zunehmend an Depressionen. Im Oktober feierten er und seine Frau Frieda im Kreis der Familie noch ihre Silberhochzeit. Am 6. Dezember 1934 sah er sich mit den Schikanen der Nazis und seinen Lebensängsten hoffnungslos alleingelassen. Er entschied sich deshalb für den so erzwungenen Freitod.

Über den Tod ihres Vaters informierte Ottilie B. ihren Mann W. Bremer: „Es ist alles so furchtbar tragisch. Hätten wir so etwas je gedacht? Unser armer, unglücklicher Vater. Bei vollem Bewußtsein in den Tod gegangen. Eine arme Natur, in sich verschlossen, hat sich unser geliebter Vater nicht über alles Erlittene hinwegsetzen können. Die Einäscherungsfeier war überwältigend. Das Krematorium war überfüllt. Es war wie eine große Demonstration. Es hatte nur eine kleine Annonce in einer Sonntagszeitung gestanden, aber die Nachricht hatte sich wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund verbreitet. Die Gedenkrede hielt Vaters Kollege aus seiner Kasseler Redaktionszeit, der spätere Landrat Häring. Er selbst hat so geweint, daß er die Rede immer auf Minuten unterbrechen mußte. Als er zu Anfang sagte, daß alle in den letzten Tagen, Wochen und Monaten erlebt haben, wie er um sein täglich Brot den Kampf geführt habe, ging

51 Goethe, Erklärung an Eidesstatt, Bl. 1f.

durch das ganze Krematorium ein Schluchzen, und kein Auge war tränenleer.“⁵²

Fritz Heine schrieb über ihn: „Die Briefe von Richard Hauschildt gehören zu den erschütterndsten Dokumenten, die ich in letzter Zeit gelesen habe. Bei der Lektüre ist mir wieder die ganze Wut über die Schandtaten der Nazis hochgekommen. [...] Die Tragik im Leben dieses im Grunde genommen so friedlichen und freundlichen Mannes, der niemandem etwas antun wollte, ist unübersehbar. Angesichts der Terrormaßnahmen und Schikanen gegen ihn, die die Nazis verübten, besaß er zweifellos nicht die Widerstandsfähigkeit und Statur, sich zu behaupten. Auch seine mißglückten Versuche, sich eine neue Existenz aufzubauen, waren wohl von vornherein zum Fehlschlag verurteilt, weil er nicht, wie andere seiner Leidensgefährten, die Robustheit und Findigkeit besaß, die in jener Zeit erforderlich war, um sich doch noch eine Nische der Lebensmöglichkeit und Erwerbsfähigkeit zu sichern. [...] Ihm war das wohl nicht gegeben, dazu fehlten ihm vermutlich die Ellbogen, und er war auch wohl viel zu korrekt, um Wege zu gehen, die ihm eine Existenz und ein Weiterleben ermöglicht hätten. Die ganze Schande des widerwärtigen Regimes widerspiegelt sich in seinen Briefen, die ich als außerordentlich wesentliche Dokumente des sogenannten Alltags im Dritten Reich empfinde.“⁵³

Bis in die jüngste Zeit blieben Richard Hauschildts Biografie und sein Schicksal weitestgehend unbekannt. Erst im Zusammenhang mit der ideologisch und politisch unbeeinflussten Erforschung der Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, wie sie erst nach 1990 gegeben war, konnte sein Lebensweg genauer aufgezeichnet werden. Von den Nazis verfolgt und aus Strausberg verbannt, von der örtlichen SED-Geschichtsschreibung der Kollaboration mit den Nazis bezichtigt, konnte die Biografie dieses aufrechten Sozialdemokraten durch mehrjährige Forschungsarbeit wieder für die geschichtliche Erinnerung erschlossen werden.

Seit dem Jahr 2005 erinnert eine Gedenktafel am früheren Wohnhaus der Familie in der Paul-Singer-Straße 1 in 15344 Strausberg an Richard Hauschildt.

52 Bremer, *Erinnerungen an Richard Hauschildt*, S.9f.

53 Fritz Heine: Brief an Herbert Pinno am 30.6.1988, Fritz Heine Nachlass, Sign. 6, 2 Bl., hier Bl. 1.